



***Deutschlands Weg
in die
digitale Republik***

**Beschluss des Leitantrages zum 46. JU NRW-Tag
am 26. und 27. November 2011 in Mönchengladbach**

Inhaltsverzeichnis

1. Wirtschaftliche Chancen nutzen.....	2
2. Chancen für die digitale Gesellschaft begreifen	7
3. Nur wer versteht, kann Chancen nutzen	8
4. Cyber-Mobbing bekämpfen	10
5. Kreativität muss sich lohnen.....	11
6. Freiheit braucht klare Regeln	13

Das Internet ist eine der bedeutendsten Entwicklungen des 20. Jahrhunderts. Es hat die Welt und besonders die Wirtschaft in einem Maße verändert wie zuvor nur Buchdruck, Dampfmaschine, Automobil und Luftfahrt. Die Globalisierung, wie wir sie heute erleben, wäre ohne das Internet nicht möglich.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Entwicklung des Internets nicht stagniert, sondern immer schneller voran geht. Die Worte „googeln“, „bloggen“, „twittern“ und „skypen“ sind längst fester Bestandteil unserer Sprache. Bisher weiß niemand, welche Möglichkeiten und Chancen diese Vernetzung einer gesamten Gesellschaft noch mit sich bringen wird. Dieser Unsicherheit können wir nur mit Aufgeschlossenheit und Neugierde begegnen, ohne dabei aber die gebotene Sorgfalt zu vernachlässigen. Digitale Freiheit muss frei bleiben und digitale Straftaten müssen bestraft werden. Gleichzeitig müssen unsere Daten sorgfältig behandelt werden.

Die Junge Union Nordrhein-Westfalen nimmt sich der Aufgabe an, auch weiterhin Motor des Fortschritts in der Union zu sein. Denn wir sind die Generation der so genannten ‚Digital Natives‘, die sich ein Leben ohne Internet und digitale Medien nicht vorstellen kann. Deshalb ist es unser Auftrag, gemeinsam mit der CDU, endlich Netzpolitik zu gestalten, die sich den Gegebenheiten annimmt und eine vernünftige Lösung bestehender Herausforderungen bietet.

Für viele ist die Entwicklung des Internets mit Risiken verbunden. Wir hingegen sehen insbesondere die Chancen und wollen diese für unser Land nutzen!

Die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) sind Triebfedern für Wachstum und Innovation in unserem Land. Im Jahre 2009 arbeiteten in Deutschland 830.000 Erwerbstätige in über 70.000 Unternehmen der Branche und trugen seit den 1990er Jahren zu einem Drittel des Wachstums der deutschen Wirtschaft bei. Allein bei uns in Nordrhein-Westfalen, dem Land, in dem die vier größten Telekommunikationsunternehmen und elf der 50 größten IT-Unternehmen Deutschlands ihren Standort haben, erwirtschafteten die 140.000 Beschäftigten in 15.500 Unternehmen der IKT-Branche im Jahr 2007 über 57 Milliarden Euro Umsatz. Rund ein Viertel der deutschen Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt kommen aus dieser Branche.

1. Wirtschaftliche Chancen nutzen

Potentiale ausbauen

Informations- und Telekommunikationstechnologien sind ein wichtiger Schlüssel für zukünftiges Wachstum in unserem Land. Grundlage für dieses Wachstum sind gut ausgebildete Menschen. Nordrhein-Westfalen besitzt in Deutschland die dichteste Hochschul- und Forschungslandschaft in diesem Bereich. 2007 studierten in NRW 25.500 in IKT-bezogenen Fachbereichen. Dieses Potential müssen wir ausbauen. Nur so können wir in Deutschland auch künftig an historische Innovationen wie den von Konrad Zuse entwickelten ersten Computer der Welt und das vom Fraunhofer-Institut entwickelte MP3-Audioformat sowie unternehmerische Erfolgsgeschichten wie SAP und Wincor Nixdorf anknüpfen. Daher müssen wir als Politik die richtigen Rahmenbedingungen für innovatives und erfolgreiches wirtschaftliches Handeln setzen.

Softwarepatente lehnen wir jedoch entschieden ab, da das geistige Eigentum automatisch durch das Urheberrecht geschützt ist, demselben rechtlichen Konzept, das auch Bücher, Musik, Filme, Gemälde und sogar Architektur schützt. Das Urheberrecht ist Grundlage des bisherigen Erfolgs der Softwareindustrie. Wo Softwarepatente bereits existieren, werden sie als Waffe gegen kleine innovative Unternehmen eingesetzt.

Gute Ausbildung für guten Nachwuchs sichern

Gerade für die IKT-Branche sind gut ausgebildete Menschen von enormer Bedeutung. Nicht nur deswegen ist in den kommenden Jahren ein Schwerpunkt auf die Bildungspolitik zu legen. Neben der Nutzung der so genannten demographischen Dividende (d.h. der durch sinkende Schülerzahlen frei werdenden Mittel) müssen wir daher die Pro-Kopf-Bildungsausgaben deutlich steigern. Um dem absehbaren Fachkräftemangel, gerade im IT-Bereich, zu begegnen, müssen schon in der Schule die MINT-Fächer (Mathematik-Informatik-Naturwissenschaften-Technik) deutlich gestärkt und attraktiver gestaltet werden. Gleichzeitig müssen mehr MINT-Studienplätze und anwendungsorientierte Studienplätze an der Schnittstelle Wirtschaft und Informatik (z.B. Wirtschaftsinformatiker) geschaffen werden.

Fachkräfte anwerben

Im weltweiten Wettbewerb um die „besten Köpfe“ müssen wir gleichzeitig systematisch um ausländische Fachkräfte werben und die gezielte Zuwanderung durch die Einführung eines Punktesystems erleichtern. Zudem sollte eine Erleichterung bei der Anerkennung ausländischer Studienabschlüsse mit dem damit verbundenen Potential ermöglicht werden.

Gründerkultur schaffen

Derzeit kommen die meisten Innovationen im IT-Bereich aus den USA. Aus kleinen Gründerunternehmen entstanden durch gute Ideen, mit Hilfe von Wagniskapital – also Eigenkapital, das ohne Sicherheiten und für eine Beteiligung am Unternehmen auf Zeit, vergeben wird – innerhalb weniger Jahre Weltkonzerne, die ihre jeweiligen Märkte beherrschen. Ganz im Gegensatz zu den klassischen Industrien, wo aus deutschen Unternehmen sehr oft Weltmarktführer wurden, gibt es im IT-Bereich derzeit in Deutschland nur einen wirklichen Weltkonzern im Softwarebereich.

Wir brauchen daher einen stärkeren Gründergeist! Initiativen wie „Exist“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie müssen stärker beworben und ausgebaut werden, um mehr Gründer an Schulen und Hochschulen zu motivieren. Gleichzeitig gilt es, die staatliche Innovationsförderung nicht zu eng zu begrenzen und den Wissenstransfer zwischen Hochschulen und Mittelstand zu verbessern und zu beschleunigen. Dabei muss Wert auf die Unabhängigkeit von Forschung und Hochschulen gelegt werden. Ausgründungen und Startups aus Hochschulen müssen vereinfacht werden. Insgesamt gilt es, Mittelstand und Gründerunternehmen von so viel Bürokratie wie möglich zu befreien.

Breitband für ganz Deutschland ermöglichen

Moderne Hochgeschwindigkeitsnetze und eine flächendeckende Breitbandversorgung sind für zukünftiges Wirtschaftswachstum unverzichtbar. Nach aktuellen Studien werden durch den Breitbandausbau bis zum Jahr 2020 europaweit über eine Million Arbeitsplätze neu geschaffen. Zwar liegt Deutschland mit 75% der Haushalte, die Zugang zu Breitbandnetzen haben, nach den skandinavischen Ländern europaweit an der Spitze (2010, Eurostat), dennoch gibt es – gerade im ländlichen Raum – noch viele unterversorgte

Gebiete. Daher fordern wir auch im ländlichen Raum mittelfristig eine annähernd flächendeckende Versorgung mit Breitbandanschlüssen von 50 Mbit/s. Weiterhin sehen wir es als Solidarität zwischen Stadt und Land an, dass auch die Städte und Großstädte über eine Berücksichtigung der erhöhten Kosten für den Breitbandausbau beispielsweise über eine Berücksichtigung im Gemeindefinanzierungsgesetz beteiligt werden. Dabei ist eine leistungsfähige Breitbandinfrastruktur mehr denn je ein entscheidender Standortfaktor für Kommunen und Unternehmen. Die Politik muss zusammen mit der Wirtschaft dafür sorgen, dass Unternehmen und privaten Nutzern sowohl in Ballungsräumen als auch im ländlichen Raum eine moderne Netzinfrastruktur zur Verfügung steht. Zu einer „digitalen Spaltung“ der Gesellschaft darf es nicht kommen. Es ist Aufgabe des Bundes hier einen modernen investitions- und innovationsfreundlichen Regulierungsrahmen sicherzustellen, der verschiedenen Technologien berücksichtigt, dass der Zugang fair und marktwirtschaftlich organisiert wird. Wo dies nicht möglich ist, muss der Staat durch Zuschüsse regulierend eingreifen.

Im Grenzgebiet von NRW zu den Benelux-Staaten gibt es noch rechtliche Probleme in Verbindung mit der Nutzung der Frequenzen für die LTE-Technologie. Die Hürden für diese moderne und kostengünstige Breitbandtechnologie müssen kurzfristig beseitigt werden

Stärken stärken und neue Trends aufgreifen

Eine moderne Wirtschafts- und Innovationspolitik konzentriert sich auf die Förderung spezieller Cluster. Durch die Weiterentwicklung vorhandener Stärken, die Identifikation und das Aufgreifen neuer Trends und Entwicklungen sollen Stärken und Kernkompetenzen zu Markterfolgen entwickelt werden. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat diese Clusterpolitik in NRW erfolgreich begonnen und unter anderem einen IKT-Cluster und einen Energie-Cluster geschaffen. Es gilt, diese Cluster auch künftig gezielt zu fördern und mit den vier bundesweiten Wachstumsclustern der IKT-Wirtschaft „Software und Internet“, „Green-IT“, „intelligente Vernetzung“ sowie „Gesundheit und Demographie“ zu vernetzen. Für die Zukunft müssen in dem sich schnell wandelnden IT-Markt Wachstumsbereiche zügig erkannt und zielsicher gefördert werden.

„Green-IT“ fördern

Eine der Stärken unseres Landes im Bereich der IKT ist die so genannte „Green-IT“. Das Schlagwort beschreibt den großen Beitrag den IK-Technologien leisten einerseits können, um die Energieprobleme der Zukunft zu lösen und andererseits wie der Energieverbrauch von IKT-Systemen selbst drastisch gesenkt werden kann. Dies wird insbesondere in einer Situation wichtig, in der sich Deutschland vorgenommen hat, eine weltweite Vorreiterposition bei der Energiewende einzunehmen. Dabei gehen aktuelle Studien allein bei umweltschonenden IT-Lösungen von einem Umsatzpotenzial von etwa 82 Milliarden Euro bis 2020 aus. So kann es mit Hilfe der IT zum Beispiel gelingen, „intelligente Stromnetze“ zu schaffen, die die Energie effizienter als heutzutage verteilen. Diese Technik sollte im Bereich des Stromverbrauchs und der Wärmeproduktion von großen Serverfarmen angewandt werden und dort zur Entwicklung eines intelligenten und nachhaltigen Energiekonzepts führen. Auch im Bereich der Mobilität gibt es zum Beispiel durch E-Mobilität und moderne Verkehrstelematiksysteme zukunftssträchtige Einsatzmöglichkeiten für IKT. IKT-basierte Energiesysteme müssen daher zu einem Schwerpunkt der staatlichen Innovationsförderpolitik werden. Zusammen mit Vertretern aus Wirtschaft und Wissenschaft muss die Politik einen Masterplan für die großflächige Einführung neuer Technologien ausarbeiten.

Datenschutz als Standortfaktor nutzen

Nicht zuletzt in der öffentlichen Diskussion zeigt sich, dass Datenschutz und Datensicherheit in Deutschland ein wichtiges Thema sind. Dabei werden deutsche Standards häufig als überzogen und lästig empfunden. Doch sind die strengen deutschen Standards gerade in Zeiten des so genannten „Cloud-Computing“, wo Daten vielfach eben nicht mehr auf einem eigenen, stationären Rechner, sondern auf Serverfarmen in den „Weiten des Internets“ gespeichert werden, Alleinstellungsmerkmal für den Standort Deutschland und zugleich ein wichtiger Faktor für den Datenschutz. Wir wollen daher, dass die schon im Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Bundesregierung angekündigte „Stiftung Datenschutz“ schnellstmöglich (bspw. als Teil der vorhandenen „Stiftung Warentest“) an den Start geht. Ein erstes Ziel dieser Stiftung könnte die Entwicklung eines Gütesiegels „Saved in Germany“ sein, mit dem Dienste zertifiziert werden, die ihre Daten nach den strengen deutschen Datenschutzstandards behandeln.

Netzneutralität bewahren

Das freie Internet, bei dem die Netzbetreiber keinen Unterschied bei den Inhalten oder Anwendungen machen, die über ihr Netz verbreitet werden können, ist seit Jahren ein Erfolgsmodell. Es ist die Basis für viele, heute nicht mehr wegzudenkende Internetdienste und Innovationen. Deswegen setzen wir uns dafür ein, die Transport- und die Dienstebene im Internet weiter zu trennen. Sollte der bestehende Wettbewerb die neutrale Datenübermittlung durch die Netzanbieter nicht mehr sicherstellen, müssen diese gesetzlich dazu verpflichtet werden, alle Dienste anzubieten und so die Netzneutralität zu wahren.

Freien Zugang erhalten

Der freie Zugang zu Internetdiensten darf nicht durch Zusatzgebühren behindert werden. Die Junge Union NRW fordert gesetzliche Regelungen nach dem Vorbild der Niederlande, die Telekommunikationsunternehmen zusätzliche Gebühren für Internetdienste wie Messaging oder Video-Telefonie verbieten. Dieser Schritt ist unabhängig vom Ausgang der Prüfung der EU-Kommission auf eine mögliche Behinderung des Internet-Verkehrs durch Telekom-Unternehmen erforderlich.

Neue Verbreitungsformen nutzen

Auch Verwertungsgesellschaften müssen sich neuen Vertriebs- und Werbeformen annehmen, statt diese zu blockieren. Videoportale sind ein großer Verbreitungsmarkt, der genutzt werden sollte. Die GEMA muss erkennen, dass sich bestehende Abrechnungssysteme nicht ohne weiteres auf den Online-Bereich übertragen lassen. Die derzeitige Sperrung von Musikvideos benachteiligt nicht nur die Nutzer, sondern auch Musiklabels und Künstler, deren Interessen die GEMA eigentlich vertreten sollte. Es muss ein zeitgemäßes Abrechnungsverfahren entwickelt werden, dass alle Interessen berücksichtigt.

2. Chancen für die digitale Gesellschaft begreifen

Digitale Angebote der Verwaltung schaffen

Unsere Verwaltung sollte sich stets an der Bürgerfreundlichkeit orientieren. Aus diesem Grund fordern wir, als Alternative zum Behördengang auch digitale Möglichkeiten zu schaffen, Verwaltungsangelegenheiten zu erledigen. Die Technologie zur individuellen Personalisierung, die sich mit dem neuen Personalausweis bietet, sollte in diesem Zusammenhang intensiver genutzt werden. Gerade durch die Einführung von De-Mail steht einer sicheren Übermittlung von Daten nichts mehr im Wege. Die ältere Generation sollte jedoch dabei auch in diesen Überlegungen berücksichtigt werden. Gerade technische Neuerungen dürfen nicht zur Erschwernis führen. Für die Älteren muss gewährleistet sein Verwaltungstätigkeiten in Schriftform erhalten zu können und damit die Möglichkeit zu haben sich von der Digitalisierung zu entkoppeln. Dabei darf auf persönliche Ansprechpartner nicht verzichtet werden. Eine ausgewogene Kombination aus E-Government und der herkömmlichen Verfahrensweise ist dabei wichtig.

E-Democracy in Eigenverantwortung ermöglichen

Bürgerbeteiligung in Form von Information und meinungsbildender Partizipation ist in Zeiten des Internets eine Selbstverständlichkeit. Informationen sind heute für jeden fast immer und überall erreichbar und damit überprüfbar. Aufgabe der Politik ist es, das gewachsene Bedürfnis an Diskussion und Austausch über politische und gesellschaftliche Themen aufzunehmen und in die Entscheidungen gestalterisch einzubeziehen. Bürger sollen über das Medium Internet mehr die Möglichkeit haben über Ideen und Initiativen mit Politikern in Austausch zu treten. Eine Bürgerbeteiligung durch direkte Abstimmung oder künstlich erzeugten, faktischen Druck lehnen wir ab, da er nicht in unsere bewährte repräsentative Demokratie passt.

Mehr Transparenz wagen

Zugang zu Informationen und Fakten ist für die Bürger in der Informations- und Wissensgesellschaft wesentlich. Dies macht auch nicht vor Unterlagen von Verwaltungen und Behörden halt. Die Zeiten des Amtsgeheimnisses und der dem Grundsatz der beschränkten Aktenöffentlichkeit sind vorbei. Die offene und transparente Handhabung von Entscheidungen des Staates muss die Regel werden. Bis auf wenige Ausnahmen, wie zum Beispiel bei sicherheitsrelevanten Daten des Staates oder schutzwürdigen Interessen

Dritter, sollen staatliche Stellen und Verwaltungen daher vermehrt und schneller basierend auf den Informationsfreiheitsgesetzen (IFG), Umweltinformationsgesetzen (UIG) oder dem Verbraucherinformationsgesetz (VIG) Daten ohne Nachweis eines besonderen Interesses, aber nur auf spezifische Anfrage, offenlegen. Eine proaktive Bereitstellung nahezu aller Daten lehnt die Junge Union ab, da diese hohen Aufwand verursachen und letztlich nur Datenfriedhöfe schaffen.

Barrierefreies Internet unterstützen

Für uns ist es wichtig, dass möglichst viele Menschen in unserer Gesellschaft Zugang zum Internet erhalten. Allerdings stellen viele Internetangebote für Menschen mit körperlichen Einschränkungen und für Menschen mit Behinderung eine große Hürde dar. Wir wollen eine freiwillige Firmenkultur fördern, in der auf die speziellen Bedürfnisse dieser Menschen Rücksicht genommen wird. Bei staatlichen Internetangeboten von Verwaltung und politischen Institutionen muss ein möglichst barrierefreier Zugang gewährleistet sein. Daher fordern wir eine konsequente Umsetzung der Barrierefreien Informationstechnikverordnung (BITV 2.0).

3. Nur wer versteht, kann Chancen nutzen

Medienkompetenz früh vermitteln

Kinder und Jugendliche lernen bereits früh den Umgang mit Medien. Allerdings sind sie sich oft den Gefahren der Mediennutzung, insbesondere im Internet nicht bewusst. Wir wollen, dass bereits früh in der Schule Grundlagen zu Datenschutz und Datensparsamkeit vermittelt werden. Informatik- oder IT-Unterricht darf sich nicht auf technische Inhalte beschränken. Wir fordern, dass in den Curricula aller Fächer die Frage der Methodenkompetenz für Medien zum festen Bestandteil wird, damit den Schülerinnen und Schülern für alle Fächer die Medienkompetenz zugute kommt. Dazu gehört für uns auch die entsprechende Aus- und Weiterbildung der Lehrer, sowie die technische Infrastruktur in den Schulen.

Computerspiele anerkennen

Computerspiele sind heute eine moderne Form der Freizeitbeschäftigung. Darüber hinaus können sie als Ausbildungsressource dienen. Beispielsweise kann durch

Wirtschaftssimulationen das Verständnis für komplexere Zusammenhänge gestärkt werden. Mit einem Jahresumsatz von 1,5 Mrd. Euro haben allein die Spielentwickler die Einspielergebnisse der Filmindustrie an den Kinokassen überholt. Doch wirtschaftliches Wachstum ist nicht alles! PC-Spiele made in Germany stehen für künstlerische Qualität und kulturelle Vielfalt. Sie gelten als Symbol einer auf Wissen und Innovation basierenden modernen Volkswirtschaft und sind sogar durch den deutschen Kulturrat als Kulturgut anerkannt. Eine pauschale Verurteilung gewisser gewalthaltiger Computerspiele als „Killer-Spiele“ ist falsch und führt zu Unverständnis bei den Nutzern. Computerspiele sind meist nicht der Auslöser für Amokläufe. Wir fordern ein Ende solcher Behauptungen. Vielmehr sollen unterstrichen werden, dass Computerspiele zur Wissensvermittlung beitragen können und es sollen Anreize geschaffen werden, didaktisch wertvolle und gleichzeitig attraktive Computerspiele zu entwickeln. Außerdem sind an Computerspielen neben großen Produzenten oftmals auch kleine, multidisziplinäre Entwickler-Teams beteiligt, die Technologien weiterentwickeln. Auch diese Unternehmen sind Teil des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Gleichzeitig fordern wir die IKT-Branche auf, die Aufklärung über das Gefahrenpotential von gewaltbeinhaltenden Unterhaltungsmedien konsequent zu intensivieren.

Suchtpotentiale erkennen

Auch Mediennutzung kann zur Sucht werden. Vorhandene Suchtpräventionsangebote an Schulen müssen auch auf den Bereich „Medien“ eingehen. Insbesondere Online-Spiele können bei unkontrollierter Nutzung eine Sucht verursachen. Wir wollen keine pauschalen Verbote, sondern Aufklärung und Information. Die Eltern müssen in Präventionsprogramme mit einbezogen werden, um eine mögliche Online-Sucht bei ihren Kindern rechtzeitig erkennen zu können. Ergänzend fordern wir die weitreichende Unterstützung von Organisationen, die sich mit Fachpersonal bereits jetzt schon dem Kampf gegen diese neue Suchtform verschrieben haben.

Jugendschutz realistisch umsetzen

Jugendschutz für Computerspiele und Online-Angebote ist wichtig. Wir plädieren für einen Jugendschutz mit Augenmaß. Er muss so effizient wie möglich ausgestaltet sein und Umgehungsmöglichkeiten weitestmöglich unterbinden. Dazu ist auch eine internationale Zusammenarbeit notwendig, um ein Abwandern auf ausländische Server zu verhindern.

JU-Bundeskommision Netzpolitik schaffen

Die Junge Union vertritt seit jeher die Interessen der Jugend in Deutschland. Wir sehen uns als Sprachorgan der jungen Generation. Jeder von uns kennt sich doppelt so gut im Netz aus, als die meisten Abgeordneten unserer Partei. Die Junge Union Deutschlands sollte dieses Wissen in einer Bundeskommision Netzpolitik bündeln und somit Einfluss auf unsere Mutterparteien geltend machen, um unserer Rolle als Stimme der Jugend gerecht zu werden.

JU digital noch besser aufstellen

Sämtliche Mitglieder der Jungen Union Deutschlands gehören zu den „Digital Natives“. Die Online-Angebote der Jungen Union, gerade im Bereich der Verwaltung und der Verteilung von Materialien, sind zu verbessern. Hier sollte die JU mit gutem Beispiel vorangehen und unserer Mutterpartei zeigen, wie einfach und effektiv Kommunikation innerhalb der Partei auf internen Plattformen sein kann. Auch eine JU-App für Smartphones ist ein Weg für gute und schnelle Verbreitung von Informationen. Wir fordern den Weg zu einer E-JU einzuschlagen und so den Anforderungen einer immer schneller werdenden Gesellschaft gerecht zu werden.

Deutschland auf Cyberwar vorbereiten

Ein digitaler Angriff kann ein Land binnen Sekunden lahmlegen. Sämtliche Experten gehen davon aus, dass auch kleine Gruppen mit geringen Mitteln einen Angriff auf digitalem Wege durchführen können. Hiergegen gilt es sich zu wappnen. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, ein Konzept zur Verteidigung gegen einen Cyberwar vorzulegen. Das Cyberabwehrzentrum in Bonn ist dabei ein erster guter Schritt. Allerdings muss die internationale Einbindung geprüft und die Personalstärke deutlich erhöht werden.

4. Cyber-Mobbing bekämpfen

Nicht wegsehen

Schmähungen, Verunglimpfungen und psychosoziale Gewalt in sozialen Netzwerken oder per SMS sind ein zu verurteilender, aber ernst zu nehmender Trend, dem aktiv entgegengewirkt werden muss. Dazu sind neben Eltern insbesondere Schulpsychologen,

Schulsozialarbeiter und Lehrer darauf vorzubereiten, Fälle von Cyber-Mobbing zu erkennen und entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Ferner muss energisch darauf hingewirkt werden, dass in sozialen Netzwerken, die Hauptschauplatz des Cyber-Mobbing sind, eine wirkungsvolle Anlaufstelle für Opfer geschaffen wird. Optionen wie Beiträge oder Bilder zu „melden“ sind nur dann sinnvoll, wenn eine unmittelbare Untersuchung stattfindet; dies ist oft nicht der Fall. Die Betreiber der sozialen Netzwerke sind aufgefordert, hier wesentlich mehr Kapazitäten zu schaffen. Reicht eine Aufforderung nicht aus, muss der Staat zum Schutz der Opfer klare Regularien für derartige Anlaufstellen treffen.

Öffentlichkeit für Opfer von Cyber-Mobbing schaffen

Viele Initiativen, wie die EU-Initiative Klicksafe, widmen sich dem Schicksal von Cyber-Mobbingopfern. Diese müssen weiter unterstützt und ausgebaut werden. Eine breite Sensibilisierung der Gesellschaft und das Bewusstsein auch für die negativen Auswirkungen vernetzter Kommunikation sind unerlässlich für den verantwortungsvollen Umgang damit.

Für einen fairen Umgang miteinander auf Bewertungsplattformen

Unter Berücksichtigung der Unverletzlichkeit der Person muss eine öffentliche Einschätzung von Dienstleistungsangeboten auf entsprechenden Plattformen möglich sein. Auch die Arbeit von Ärzten, Lehrern, Professoren und Hochschuldozenten darf auf geeigneten Plattformen diskutiert und bewertet werden. Dies muss aber in einer sachlich und menschlich fairen Art und Weise geschehen. Die digitale Freiheit darf nicht für anonyme Diffamierungen missbraucht werden.

5. Kreativität muss sich lohnen

Kein neues Leistungsschutzrecht einführen

Das Urheberrecht und der Schutz des geistigen Eigentums sind Grundlagen für Innovation und Wirtschaftswachstum in unserer Gesellschaft. Die so genannte "Kostenloskultur" des Internets untergräbt die Existenzgrundlagen der Künstlerinnen und Künstler sowie die damit verbundenen Strukturen bei Verlagen, Musik- und Filmproduzenten. Auf der

anderen Seite ermöglicht die kostenlose Verbreitung im Internet einen einfachen Zugang für viele Menschen zu Texten, Filmen, Bildern und Musik.

- Forderungen das Urheberrecht abzuschaffen, lehnen wir daher strikt ab. Das geistige Eigentum muss geschützt bleiben. Dabei muss jedoch das im Urheberrecht verankerte Recht auf Privatkopie beibehalten werden.
- Wir sprechen uns gegen die Einführung eines speziellen Urheber-/ Leistungsschutzrechts für Verlage aus. Anstatt neue urheberrechtliche Spezialregeln im Online-Bereich für sich zu beanspruchen und um neuen Protektionismus zu betteln, fordern wir die Verlage dazu auf, sich dem Wettbewerb im Internet zu stellen und mit der Entwicklung neuer, innovativer Geschäfts- und Vermarktungsmodelle voranzuschreiten. Dass dies funktioniert, zeigt die Musikindustrie, die sich erst nach langem Zögern auf die Möglichkeit des Downloads im Internet eingelassen hat. Mittlerweile gibt es zahlreiche unterschiedliche Portale für den legalen Download, die Umsätze der Musikindustrie steigen, und es erschließen sich sogar neue Käuferschichten.
- Auch eine so genannte staatliche „Kulturflatrate“, bei der durch die Zahlung eines Zwangsbetrages an eine Verwertungsagentur, sämtliche Lizenzabgaben als abgegolten gelten, lehnen wir aus ordnungspolitischen Gründen ab.

ACTA-Abkommen sinnvoll durchsetzen

Das derzeit zwischen der Europäischen Union und anderen Staaten ausgehandelte ACTA- (Abkommen zur Bekämpfung von Marken- und Produktpiraterie) darf – wie im Koalitionsvertrag festgelegt – keine verpflichtenden Internetsperren und keine Verpflichtung für die teilnehmenden Staaten enthalten, bei Verletzung von Urheber- und Leistungsschutzrechten eine abgestufte Sperrung des Internetzugangs ("Three Strikes") vorzuschreiben. Die ACTA-Verhandlungen müssen künftig transparent und nachvollziehbar geführt werden.

Kopierschutz erhalten, Schikanierung verbieten

Der Schutz geistigen Eigentums muss erhalten bleiben – aber in nutzerfreundlicher und verständlicher Form. Komplizierte oder heimlich überwachende Kopierschutzsysteme wie DRM oder XCP lehnen wir ab – sie schikanieren nur ehrliche Kunden. Zudem sind bislang die meisten Kopierschutzeinrichtungen bereits nach kurzer Zeit umgangen worden. Der

Erfolg von Portalen wie iTunes zeigt, dass auch Internetnutzer bereit sind, für eine angemessene Leistung zu bezahlen. Die Rechteinhaber müssen den Online-Nutzer als Kunden sehen und nicht pauschal als potentiellen Straftäter kriminalisieren.

6. Freiheit braucht klare Regeln

Rechtliche Grauzonen vermeiden - Kriminelle stoppen, Nutzer nicht kriminalisieren

Bei der Verfolgung von Verstößen gegen das Urheberrecht, ist vehement gegen die Anbieter illegal bereitgestellter Inhalte vorzugehen. Das Herunterladen offensichtlich rechtswidriger Inhalte wie aktueller Kinofilme ist zu Recht auch dem Nutzer anzulasten. Rechtliche Grauzonen wie das Streamen von digitalen Inhalten, die eine Unterscheidung von legalem Werkgenuss und illegaler Urheberrechtsverletzung durch die Analyse technischer Details notwendig machen, sind aber keine ausreichenden Rahmenbedingungen. Hier müssen klare Gesetze mit eindeutigen Definitionen dem Nutzer ausreichende Sicherheit für sein Handeln geben.

Klare Verantwortlichkeiten für Mediennutzung schaffen

Wer haftet für den Internetzugang, wer zahlt für illegale Raubkopien, wer ist Schuld an Abmahnungen? Alle diese Fragen sind Einzelfallentscheidungen in der deutschen Rechtsprechung. Wir brauchen klare Verantwortlichkeit und Rechtssicherheit für alle Formen der Nutzung moderner Medien. Wer ist Schuld am gehackten und anschließend kriminell genutzten WLAN? Wer ist in der Beweispflicht? Der Gesetzgeber ist an der Reihe, hier mit einem eigenen Gesetzestext Sicherheit zu schaffen, um den Bürgern die Möglichkeit zu geben in die digitale Gesellschaft überzugehen.

Abmahnungspraxis entschärfen

Zur Wahrung berechtigter Interessen ist die Abmahnung rechtlicher Verstöße ein legitimes Mittel. Dass Internetnutzer aber bei unwissentlichen Handlungen systematisch mit horrenden Forderungen konfrontiert werden, ohne überhaupt die Relevanz eines solchen Schreibens einschätzen zu können, ist eine mehr als fragliche Praxis. Hier fordern wir eine bessere Aufklärung und den Schutz vor unberechtigten Kosten, die Nutzer einschüchtern und ein berechtigtes Überprüfen der erhobenen Vorwürfe durch zu kurze Fristen verhindern.

Internetrecht international durchsetzen

Das Internet kennt keine Grenzen – und das ist gut so! Selten hat eine technische Entwicklung die Welt so verändert wie das Internet. Die Vernetzung der Welt und die Möglichkeiten der Kommunikation mit jedem Fleck auf der Erde gilt es zu schützen. Dies gelingt nur, wenn es klare Regeln und Gesetze gibt. Die Freiheit des Internets kann nur erhalten bleiben, wenn Freiheit auch garantiert werden kann. Dafür bedarf es einer internationalen Internet-Gesetzgebung, die es den Behörden ermöglicht, in Zusammenarbeit mit den internationalen Polizeibehörden, Straftaten weltweit zu verfolgen. US-Außenministerin Clinton hat diesen Stein ins Rollen gebracht, wir müssen uns anschließen. Nur so kann sich das Internet weiterentwickeln und auch in Zukunft Menschen verbinden.

Internet europäisch regeln

Auch die EU sollte sich auf einheitliche Regelungen und auch technische Standards einigen, um so den Standpunkt der größten Wirtschaftsregion der Erde zu verdeutlichen und in internationalen Verhandlungen durchzusetzen.

„Löschen statt sperren“

Die Internetgemeinde hat sich zu Recht und mit Erfolg gegen die Gesetze zur Sperrung von Webseiten gewehrt. Maßnahmen des Staates sollten keinesfalls nur Symbolcharakter aufweisen, sondern Wirkung zeigen. Die bisherigen Erfolge des BKA bei der Löschung von kinderpornografischen Inhalten aus dem Internet geben Mut, dass hier der richtige Weg eingeschlagen wurde. Wir unterstützen diese Art der Politik.

Bevormundung der Internetnutzer verhindern

Der Eingriff des Staates in persönliche, das Internet betreffende Angelegenheiten der Bürger kann und darf uns nicht gefallen. Die Aufgabe der Regierung und der Verwaltung ist es, den Bürger so mit Informationen zu versorgen, dass er selbst eine Entscheidung treffen kann. Eine Bevormundung durch pauschale Verbote lehnen wir ab – diese sind bei ausländischen Anbietern (z.B. Facebook) ohnehin nicht durchsetzbar. Die aufgeregten Debatten über Facebook, Google Street View und Co. müssen enden und eine ehrliche Aufklärung stattfinden. Dennoch fordern wird eine eindeutige gesetzliche Grundlage für

einen aktiven Lösungsanspruch von Daten zumindest im europäischen Raum zu etablieren, damit Menschen ihre Daten auch aus Portalen im Internet herausnehmen können. Dies soll sowohl in der Schule als auch über vernünftige, sachliche Information der Behörden geschehen. Das Beispiel Street View zeigt, wie sehr Panikmache den Bürgern schadet. Die Medienkompetenz muss erhöht, die staatlichen Eingriffe und Aufgeregtheit gesenkt werden.

Datenschutzfreundliche Voreinstellungen

Anbieter von Online-Diensten und -Produkten sollen zukünftig ihre Grundeinstellung so gestalten, dass so wenig personenbezogene Daten wie möglich erhoben werden. Dazu soll von Seiten des Staates eine entsprechende Rechtsbasis geschaffen werden. Dieses sogenannte "Privacy-by-Default" ist ein angebrachtes Instrument, um Unwissenheit und -fähigkeit vorzubeugen und den Datenschutz angemessen zu berücksichtigen. Des Weiteren soll für die Nutzer stets erkenntlich sein, welche ihrer Daten für was genutzt werden.

Straftaten auch online verfolgen

Straftaten geschehen zu Tausenden am Tag. Viele davon können schnell und einfach aufgeklärt werden, da Zeugen oder Kameraaufnahmen existieren oder Fingerabdrücke bzw. DNA-Spuren gesichert werden können. Im Internet gibt es all das nicht. Freiheit und Sicherheit sind kein Widerspruch, sondern gehören untrennbar zusammen. Die Freiheit im Internet kann nur gesichert werden, wenn der Staat für die Sicherheit der Bürger zuständig ist. Dies soll und muss durch eine Speicherung von Daten stattfinden. Die gespeicherten Daten müssen, wie alle persönlichen Daten, gut geschützt werden und dürfen von den Strafverfolgungsbehörden grundsätzlich nur nach richterlichem Beschluss und nur zur Verfolgung von schweren Straftaten im Sinne des § 100a StPO erhoben und genutzt werden. So werden Wirtschaft und Bürger geschützt und können die Chancen des Internets weiter genutzt.

Die JU lehnt eine Klarnamenpflicht ab.

Datenmissbrauch konsequent aufklären

Immer mehr Bürger geben im Internet immer mehr preis. Das gehört zu einer immer enger vernetzten Welt. Doch Menschen geben Daten an bestimmten Stellen nur für bestimmte

Zwecke frei. Dies ist nicht gleichzusetzen mit dem Missbrauch dieser Daten durch Kriminelle. Hackattacken auf Datenserver oder unerlaubtes Abschöpfen von Daten ist eine Straftat und muss auch dementsprechend verfolgt werden. Gleiches gilt für die Nutzung von illegal erworbenen Daten und deren Verbreitung. Dies ist kein Kavaliersdelikt und muss zu harten Sanktionen führen. Die Junge Union NRW fordert zudem eine eindeutige Regulierung von datenrechtlichen Grauzonen. Als Beispiel sei hier das Herunterladen des Audioteils von Youtube Videos genannt. Eine Technik, die nahezu denselben Erfolg herbeiführt wie das illegale Herunterladen, jedoch bis dato in keiner Weise geahndet wird bzw. werden kann.